

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chiefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 0886846 ppbn d

Inhalt

Helmut Schmidt würdigt
Herbert Wehner zu dessen
75. Geburtstag: Vorbild
an Pflichtbewußtsein und
Selbstdisziplin.

Seite 1

Inge Wettig-Danielmeier
MdL sieht die Hochschul-
reform in Niedersachsen
am Ende: Illiberal und
gegen die Betroffenen.

Seite 3

Dokumentation

Ausführungen des Bundes-
kanzlers vor der SPD-
Fraktion in der letzten
Fraktionssitzung vor
der Sommerpause.

(Teil I)

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 8 12-1

36. Jahrgang / 123

3. Juli 1981

Vorbild an Pflichtbewußtsein und Selbstdisziplin

Herbert Wehner steht zum 75. Geburtstag mitten im
politischen Leben

Von Helmut Schmidt MdB
Bundeskanzler und stellvertretender SPD-Vorsitzender

Herbert Wehner vollendet am 11. Juli sein 75. Lebensjahr. Er steht als Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion mitten im politischen Leben unseres Staates. Ich kenne Herbert Wehner über 30 Jahre - die Hälfte seines politischen Lebens, in dem sich die ganze jüngere Geschichte mit seinen Höhen und Tiefen unseres Volkes widerspiegelt. Seine Mitwirkung und seine Leistung für den Aufbau unserer Bundesrepublik zeichnet ihn schon heute als einen der bedeutendsten Politiker unseres Staates aus. Was er geleistet hat, insbesondere auch in meiner Zeit als Bundeskanzler, weiß ich zu würdigen. Ich möchte ihm daher danken für die Loyalität der Regierung gegenüber, um die gemeinsame Politik der Koalition zu verwirklichen. Als früherer Fraktionsvorsitzender weiß ich, wie schwierig es oft ist, das Vereinbarte im täglichen politischen Alltag durchzusetzen. Hier hat sich Herbert Wehner als fester, verlässlicher Pfeiler für die Regierungsfähigkeit der Koalition erwiesen - ja, er hat uns um manche schwierige Klippe herumgelotst. Wir Sozialdemokraten können uns auf ihn und auf sein Engagement auch in schwierigen Zeiten immer verlassen.

Da er selbstkritisch ist, weiß er, daß er es den Kollegen und politischen Freunden nicht immer leicht gemacht hat. Aber hinter seiner Schroffheit verbirgt sich eine große Empfindsamkeit. Auch seine politischen Gegner wissen, daß er den



Opponenten nie als Feind betrachtet, weil er dies menschlich und politisch für verhängnisvoll hält.

Er ist und bleibt für mich ein Vorbild des Pflichtbewußtseins und der Selbstdisziplin in seinem Bemühen, unserer gemeinsamen Sache, dem Volk und der Partei zu dienen.

Als politischer Praktiker sind ihm Ideologien dabei abhold; dies zeigte sich besonders an seiner Mitgestaltung des Godesberger Programms.

Herbert Wehner ist seiner sächsischen Heimat und besonders Dresden immer verbunden geblieben. Nach seiner Emigration während der Nazizeit hat er nach dem Kriege seine politische Heimat durch Kurt Schumacher in Hamburg gefunden, dem er sich tief verbunden fühlte. Sein Hamburger Wahlkreis hat ihn seit 1949 ununterbrochen als Abgeordneten in den Deutschen Bundestag gewählt. Ein fast einmaliges Vertrauen, das die Wähler einem Politiker unseres Landes entgegenbringen. Er ist einer der drei letzten Parlamentarier der ersten Stunde und hat als Alterspräsident den 9. Deutschen Bundestag eröffnet. Wenn bis auf den heutigen Tag die Politik im Mittelpunkt seines Lebens steht, so wissen wir, daß er auch dem Schönen und dem Geistigen zugetan ist.

Das Erlebnis zweier Weltkriege, die Höhen und Tiefen unserer deutschen Geschichte haben die politische Haltung Herbert Wehners geprägt. Die Menschen spüren, wie wir alle, die mit ihm in den vielen Jahren zusammengearbeitet haben, daß es ihm nie darum gegangen ist, selbst etwas zu sein oder zu werden, sondern den politischen Auftrag zu erfüllen und den Menschen zu helfen. Das Freund-Feind-Denken hat er sich bemüht, nach innen aber auch nach außen zu überwinden. Ich erinnere an sein beispielhaftes Engagement für Ausgleich und Versöhnung mit unseren Nachbarn und hier insbesondere mit den Juden und den Polen und seine europäischen Aktivitäten von der ersten Stunde an im Monnet-Komitee.

Ich unterstreiche ebenso sein unermüdliches Eintreten für den inneren Frieden, für die Verwirklichung des demokratischen und sozialen Bundesstaates - und das heißt für Sozialdemokraten: die Arbeitnehmer, auch in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung, zu voll gleichberechtigten Staatsbürgern zu machen und dabei keine Gruppen zu benachteiligen

Politiker im gespaltenen Deutschland zu sein, heißt für Herbert Wehner: eine Politik der Vernunft zu machen. Dieses war auch die Richtlinie für seine stillen, erfolgreichen Bemühungen, vor allem den Menschen zu helfen - nicht nur als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen in der Großen Koalition, sondern über die Jahrzehnte hinweg.

Der Vorsatz, das Erreichte nicht verloren gehen zu lassen, gibt ihm Kraft, persönlichen Schicksalsschlägen und seinem hohen Alter zu trotzen. Was er von seinen Genossen fordert, ist Solidarität. Nach seinen Worten kann sie nicht getrimmt, nicht gedrillt oder in Statuten festgelegt werden. Solidarität heißt für ihn auch, nichts verloren gehen zu lassen oder als selbstverständlich hinzunehmen, was die Parteiforderungen hat und behauptet werden muß.

Wir wünschen unserem Freund und uns allen noch viele Schaffenskraft; denn auf seinen Rat und seine Unterstützung können wir nicht verzichten. Ich sage meinen Respekt vor der Leistung Herbert Wehners. Wir sind stolz darauf, ihn bei uns zu haben. (-/3.7.1981/hl/ca)

+ + +



Illiberal und gegen die Betroffenen
-----**Das novellierte niedersächsische Hochschulgesetz beendet die Hochschulreform****Von Inge Wettig-Danielmeier MdL****Mitglied des Kulturausschusses des niedersächsischen Landtages**

Die Studienreform in Niedersachsen ist endgültig beendet. Zu diesem Ergebnis führt die Analyse des erneut novellierten niedersächsischen Hochschulgesetzes. Die neueste Novelle steht in einer unseligen Reihe hochschulpolitischer Entscheidungen seit der Ablösung der SPD/FDP-Landesregierung zunächst durch eine CDU/FDP-Mehrheit und schließlich durch die bis 1982 allein regierende absolute CDU-Mehrheit in Niedersachsen. Inzwischen ist deutlich geworden, daß der Ansatz zu einer Studienreform in Niedersachsen eine Initiative der FDP gegen den Willen der CDU war. Mit dem jetzt verabschiedeten Hochschulgesetz wird diese Studienreform in einer Zeit zu den Akten gelegt, die für die Studierenden durch große Schwierigkeiten in der Berufsfindung gekennzeichnet ist und in der die Hochschuleinrichtungen zunehmend überlastet sind. Ein sinnvolles System inhaltlich und zeitlich aufeinander abgestimmter und gestufter Studiengänge hätte Umwege vermeiden können und zusätzliche Berufsqualifikationen hätten dort vermittelt werden können, wo traditionelle Studiengänge in die Irre führen.

Der Verzicht auf strukturelle Reformen mit dem Ziel lebens- und gesellschaftsnaher Ausbildungsgänge erschwert inhaltliche Reformen und stabilisiert zusammen mit einer undemokratischen Gremienstruktur die traditionelle und zugunsten einer Eliteausbildung organisierte Hochschule. Nach der Aufhebung der Sanktionen bei Überschreiten der Regelstudienzeit hat die Chance bestanden, an den Hochschulen ein offeneres Klima zu schaffen, um die Studenten aus ihrer Anti-Haltung gegen die Hochschule zu lösen. Diese Chance ist mit dem niedersächsischen Hochschulgesetz in der novellierten Fassung vertan. Nach dem Willen des Gesetzgebers dürfen die Studenten nicht mehr mit einem zügigen Studium rechnen, sondern können vielmehr bis zu zwei oder mehrmals von mehreren Lehrveranstaltungen gleichzeitig oder nacheinander zurückgestellt werden. Sie können damit so lange studieren, wie ihr finanzieller Atem reicht. Infragegestellt ist auf diese Weise der Studienabschluß für die finanzschwachen Studenten. Ein innerer Numerus clausus steht den Hochschulen bevor, der durch einen lächerlichen Bürokratismus von den Hochschulen verwaltet werden muß.



In besonderem Ausmaß ist von der CDU-Hochschulpolitik der wissenschaftliche Mittelbau betroffen. Auch wenn ein verständliches Bedürfnis von Seiten der Hochschulen zugrunde liegt, muß die Figur des Akademischen Rats auf Zeit als arbeitnehmerfeindliche Lösung angesehen werden, mit der Tarifverträge im öffentlichen Dienst umgangen werden sollen. Es werden damit Beamtenverhältnisse auf Zeit ohne jede soziale Sicherung für eine Gruppe von Beschäftigten eingeführt, die an den Hochschulen Routineaufgaben verrichten. Obwohl die CDU-Fraktion und ihre jeweiligen Fachminister stets großen Wert darauf legen, als die Beschützer der Hochschulautonomie zu gelten, ist nicht zu übersehen, daß die Hochschulautonomie zwar für die Abwehr sinnvoller Reformen erhalten darf, jedoch sofort aus dem Blickfeld verschwindet, wenn der Wissenschaftsminister administrative Eingriffe für sinnvoll hält. Äußerst fragwürdig ist bereits die durch das novellierte Hochschulgesetz vorgesehene Reduzierung der Arbeitszeit von wissenschaftlichen Mitarbeitern von 40 auf 28 Stunden bei entsprechender Kürzung des Gehalts. Wenn jedoch im Vorgriff auf diese gesetzliche Regelung bereits per Erlaß ihr Vollzug angeordnet wird und dieser vorgreifende Vollzug nur durch einen Einstellungsstopp an den Hochschulen gelingt, dann muß dem verantwortlichen Minister ein solches Handeln als massiver Eingriff in die Hochschulautonomie angelastet werden.

Hochschulautonomie und Wissenschaftsfreiheit lassen sich auch nicht mit der Ausdehnung des Radikalenerlasses auf Lehrbeauftragte in Einklang bringen. Fast einhellig war folgerichtig die Ablehnung eines solchen Eingriffs in die Wissenschaftsfreiheit an den Hochschulen. Nicht einmal vordemokratische deutsche Regierungen haben eine solche Ausschaltung der Meinungen Andersdenkender für notwendig oder sinnvoll gehalten. Die niedersächsische CDU-Landesregierung und die sie tragende Landtagsmehrheit hat damit einen Weg beschritten, auf dem sie mit der vermeintlichen Bekämpfung radikale demokratische Bürger erst in die Radikalität treibt. Die Verhältnisse, die bekämpft werden sollen, werden so erst geschaffen. Den Dialog der Politik mit der Jugend und mit den Hochschulen hat die CDU auf diesem Wege nicht allein für sich selbst, sondern insgesamt radikal abgewürgt. Angesichts so schwerwiegenden Versagens über den Aufgaben, die die Freiheit von Wissenschaft und Lehre einer Hochschulpolitik stellt, müssen Regelungen des novellierten niedersächsischen Hochschulgesetzes, die bewährte Konstruktionen in der Leitung der Studentenwerke und der Integration von medizinischer Wissenschaft, Forschung und Lehre einerseits und Krankenversorgung andererseits an der Medizinischen Hochschule Hannover und dem medizinischen Fachbereich Göttingen beseitigen, als routinierte hochschulpolitische Inkompetenz angesehen werden.

(-/3.7.1981/vo-he/ca)

+

+

+



DOKUMENTATION (Teil I)

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, hat an alle Mitglieder seiner Fraktion die Ausführungen übersandt, die Bundeskanzler Helmut Schmidt am 26. Juni 1981 vor der Fraktion gemacht hat. Wir dokumentieren den Text. Aus Platzgründen erscheint er in zwei Teilen.

Tiefgreifende ökonomische Entscheidungen sind fällig

Ich möchte mich den Grüßen und den guten Wünschen sehr anschließen, die Helmut Rohde an die Adresse von Herbert Wehner im Krankenhaus gerichtet hat und an die Adresse von Klaus von Dohnanyi, der nun ab sofort sein Gewerbe nicht mehr wie bisher im Umherziehen ausüben wird. Die vielen Sitzungen in Europa werden jetzt für ihn ersetzt werden durch die Tätigkeit im Hamburger Rathaus.

Euch hier, das will ich offen sagen, beneide ich, weil Ihr nun alle hier sitzt in dem Gefühl: Das ist jetzt erstmal die letzte Sitzung. Anderthalb Wochen habt Ihr erst mal nichts zu tun. Aber ich sehe, die Stimmung ist ganz gut. Das hat sicher etwas mit dem Urlaub zu tun. Ich denke aber auch, daß wir uns alle die Sommerpause, die für einige früher, für andere später beginnt, verdient haben. Wir haben auch gezeigt, daß wir besser sind in Fraktion und Partei als der Ruf, den einige über uns gern verbreiten möchten. Nämlich: Wir ringen um die Sache, wir streiten uns, wir kommen aber auch dann zur gemeinsamen Ergebnissen; und wenn Beschlüsse gefallen sind, stehen wir auch dazu. Diesen Grundsatz hat Klaus von Dohnanyi eben mit Recht nochmals hervorgehoben.

Wir haben es in letzter Zeit manchmal schwer gehabt, was ja auch daran liegt, daß wir zugleich die Rolle der Opposition mitübernehmen müssen, weil es diese seitens der CDU/CSU praktisch nicht recht gibt. Die CDU/CSU-Opposition verhält sich nach dem Muster: Nur zu jammern, nur zu klagen, nur anzuklagen - aber um Gottes willen bloß keine eigenen Gedanken und eigene Vorschläge vorzutragen oder Gesetzentwürfe einzureichen. Die Taktik, die dahintersteckt, wird nicht aufgehen; denn das Fell des Bären ist gar nicht zu haben, über das zwei Herren der Opposition sich jüngst auf einer Wanderung verständigen wollten. Weder in diesem Herbst, in dem wir uns mit unserem Koalitionspartner einigen werden über den Haushalt 1982 und die damit in Verbindung stehende Gesetzgebung, noch danach ist das Fell dieses Bären zu haben.

In einigen Ländern dürfte es jetzt auch ein bißchen stetiger werden, denke ich, nachdem in Hessen und in Hamburg wichtige Entscheidungen durch die Partei getroffen worden sind. Wir haben das selbst in der Hand, wie es weitergeht, mit Blick zum Beispiel auf die Landtagswahlen des kommenden Jahres. Die Sozialdemokratische Partei ist dann mehrheitsfähig, wenn sie eine soziale Politik für den Arbeitnehmer macht, für die breiten Schichten des Volkes und wenn sie zugleich Anziehungskraft besitzt für besonders kritische Gruppen oder Schichten, zum Beispiel unter den jungen Menschen, zum Beispiel unter den Frauen, die der Emanzipation beihelfen wollen.

Wir hatten es selbst in der Hand und haben damit nicht das Beste angefangen, dieses erste Jahr der Gesetzgebung nach der Bundestagswahl zu bestimmen. Einen Teil des Stimmungstiefs, in dem wir offensichtlich nach allen Meinungsumfragen sind, haben wir selbst ausgelöst.

Ich will nun ein Wort sagen zur außenpolitischen Situation dieses Sommers. Ich mache die Mode nicht mit, davon zu reden, ich hätte Angst. Aber ich muß doch von tiefen Besorgnissen reden. Wenn ich nach Osten gucke - ich will die Situation in und um Polen nicht belasten durch Äußerungen des Regierungschefs - so habe ich aber doch tiefe Sorgen. Und da stehen auch anderer Leute Probleme mit zur Debatte, auch unsere deutschen. Wir möchten nicht verdunkeln lassen, auch nicht durch Polemik aus Moskau uns hinreißen lassen zu verdunkeln, daß wir nicht nur im Westen, sondern auch in Richtung Osten auf unserer berechenbaren Politik beharren. Wir werden alles daran setzen - in der Fortführung unserer Politik der letzten zwölf Jahre -, damit ein langer Friede in Europa gesichert wird.

Wir haben uns für die Wiederaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Gespräche eingesetzt, insbesondere, was die Mittelstreckenwaffen angeht. Sie werden einen Beginn der Verhandlungen in diesem Jahr ermöglichen. Sie können darüber hinaus ein positives Signal für die Fortführung des SALT-Prozesses unter den beiden Weltmächten setzen.

Wir wollen das Fundament des Ausgleichs und der Zusammenarbeit mit dem Osten wahren. Wir wollen es erweitern, das Fundament, an dem die Bundesrepublik Deutschland in den letzten zwölf Jahren unter sozial-liberaler Führung durch ihre Ostpolitik ganz wesentlich mitgearbeitet hat. Willy Brandt wird Anfang kommender Woche unsere Politik in Moskau erläutern. Ihr wißt, daß er gestern in Brüssel bei den Dienststellen des Bündnisses war, um nach einer Unterrichtung durch die Bundesregierung auch durch die NATO sich umfassend zu unterrichten, ehe er seine Gastgeber in Moskau trifft. Ich habe vorgestern mit dem sowjetischen Generalsekretär vereinbart, daß sein Besuch hier in Bonn in diesem Jahr stattfinden wird, es wird entweder im November oder im Dezember sein. Wir sind übereingekommen, daß der genaue Termin nach der Sommerpause verabredet wird.

Ich begrüße, daß der Oberste Sowjet auf der Grundlage der Initiative von Breschnew die 40. Wiederkehr des Hitler'schen Überfalls auf die Sowjetunion genutzt hat zu einem eindringlichen Appell für Frieden und für Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung. Und ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen und bitten, daß wir dieses Wort auch überall benutzen, daß wir alles tun wollen, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen kann. Deswegen werden wir beharren gegenüber dem Osten wie gegenüber dem Westen auf unserer Politik des Gleichgewichts einerseits und der Zusammenarbeit und des Dialogs andererseits. Wir werden uns davon nicht abbringen lassen. Wir werden uns auch durch Zweifel an unserer Haltung bei eigenen Freunden oder unter Menschen unserer eigenen Bündnispartner nicht nervös machen lassen. Alle solche Propaganda oder Zweifel, kämen sie aus Osten oder West, gewinnen durch ihre Wiederholung nichts an Substanz.

Ich habe guten Grund, mich auf die gemeinsamen Absichtserklärungen mit unseren amerikanischen Verbündeten zu verlassen. Und ich will ebenso deutlich sagen: Ich habe guten Grund, in vollem Vertrauen auf die Zusammenarbeit mit der neuen französischen Regierung zu bauen. Wir werden uns in beidem nicht beeinflussen lassen von persönlichen Angriffen, von Polemik, wo sie auch immer herkommt, ob aus dem eigenen Lande, aus der eigenen Partei oder aus dem Ausland. Man löst keine weltpolitischen Probleme, indem man gegeneinander polemisiert, ob man erwachsen oder Jungsozialist ist. Man löst weltpolitische Probleme oder man hilft sie zu lösen, wenn man und indem man die für richtig erkannte Politik mit Festigkeit vertritt und mit dem unbedingten Willen zur Zusammenarbeit mit den anderen Staaten.

Eine Bemerkung zu einem ganz anderen Thema: Der Bundesrat hat heute mit der Mehrheit der unionsregierten Länder - Saarland und Berlin haben daran nicht mitgewirkt - beschlossen, wegen des Haushalts 1981 den Vermittlungsausschuß anzurufen. Dieses Vermittlungsverfahren wird für alle Belastungen mit sich bringen, zumal es wieder eine Sonder-sitzung des Bundestages auslösen wird, wozu dann die berühmte Kanzlermehrheit gebraucht werden wird. Ich werte diesen Vorgang als einen demonstrativen politischen Akt der CDU/CSU-Mehrheit des Bundesrats, einen Akt gegen die Mehrheit des Bundestages und gegen die Bundesregierung. Ich habe für die Begründung dieses Beschlusses der Bundesratsmehrheit kein Verständnis. Die Bundesregierung hat sich bis in die allerletzten Tage hinein zur Lösung der Finanzierungsproblematik in der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau um einen realistischen, um einen finanzierbaren Kompromiß mit den Ländern bemüht. Und die Finanzminister der Länder haben das auch getan. Die Finanzminister der Länder mußten ja einsehen, daß eine gigantische Ausbauplanung in der Größenordnung von 20 Milliarden Mark für die Hochschulen nicht finanzierbar ist. Die Bundesregierung hat zuletzt vorgestern, am 24. Juni, aber insgesamt siebenmal (!), den Ländern Angebote für eine tragbare Finanzierung des Hochschulbaus gemacht. Und nach unserer Auffassung sind die Finanzierungsprobleme bei den laufenden Vorhaben ausgeräumt worden. Umgekehrt müssen wir an der Forderung, die Neubauplanungen zu revidieren, festhalten. Das liegt übrigens auch im finanzwirtschaftlichen Interesse der Länder.

Ich möchte keinen Zweifel aufkommen lassen: Die Bundesregierung will festhalten an der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau, die sich in der Vergangenheit bewährt hat. Aber dieses Ziel wird dann in Frage gestellt, wenn die Länder sich einer vernünftigen Revision widersetzen und wenn sie versuchen, die Bundesregierung zu einer Ausweitung des Bundeshaushalts zu zwingen. Darum geht es in Wirklichkeit. Die Konsolidierung der Haushalte ist auch für die Länder eine zwingende Notwendigkeit, auch für die Gemeinden. Und es kann dabei auch der Hochschulbereich nicht ausgespart werden. Es ist unseriös, wenn die CDU/CSU-Mehrheit des Bundesrats jetzt versucht, die Finanzprobleme der Länder auf Kosten des Bundes zu lösen und wenn dabei unseriöse Polemiken vom Stapel gelassen werden. Einer der Kollegen hat mir eben ein historisches Zitat zur Verfügung gestellt. Da hat der Reichskanzler Bismarck einmal gesagt: "Es gehört zum deutlichen Bedürfnis,

beim Biere von der Regierung schlecht zu reden." Der Bundesrat tut nichts anderes - wenn auch wohl ohne Bier.

Aber ich will vor allem reden zu den Entscheidungen, vor denen wir Ende Juli stehen. Es wird dann zwei Fraktionssitzungen geben. Heute war schon die Querschnittsarbeitsgruppe - unter dem Vorsitz von Heinz Westphal - zu einem längeren Gespräch im Bundeskanzleramt, die sich fraktionssseitig mit der Vorbereitung dieser Dinge befaßt. Sie hat eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die nicht veröffentlicht werden, wie ja die Regierung erst mit einem fertigen Konzept an die Öffentlichkeit treten wird.

Tiefgreifende ökonomische Entscheidungen sind fällig - darüber werden ja nun jetzt schon vielerlei Gerüchte kolportiert. Einige schminken sich zu Unrecht, als ob sie besonders sparsam sein wollten. Behauptungen, Proteste, Reaktionen werden herausgefordert. Ich rate dringend, dies alles zu ignorieren und sich daran nicht zu beteiligen. Je undisziplinierter der öffentliche Diskussionsprozeß, desto schwieriger werden nachher die Entscheidungen. Je mehr sich einzelne Personen festgelegt haben, desto größer die Gefahr, daß ihr Gesicht beschädigt werden wird. Und jemand, dessen Gesicht beschädigt zu werden bedroht ist, der wird sich dann wehren gegen Beschädigung; und dann kommen wir nicht zu Entscheidungen.

Es werden tiefe Eingriffe nötig sein, auch in Bereichen, die uns am Herzen liegen. Der politische Gegner wird sicher versuchen, die Operation und unsere ganze Politik zu diffamieren. Und deshalb appelliere ich an das Selbstbewußtsein der Sozialdemokratischen Partei, die in der Gesetzgebung wie in der Regierung, wie in der Außenpolitik nunmehr seit zwölf Jahren für dieses Land die führende Rolle spielt. Wir können mit Selbstbewußtsein das vertreten, was wir in diesen vergangenen zwölf Jahren zunächst unter Willy Brandts und Walter Scheels Führung, dann unter der Führung der gegenwärtigen Bundesregierung zustandegebracht haben für das Land und für die Arbeitnehmer insbesondere. Das gilt für die Politik im allgemeinen, ebenso gilt es für die Wirtschafts- und Finanzpolitik im besonderen. Man muß die Tatsachen immer wieder sprechen lassen. Ich möchte schon über ein paar Tatsachen noch ein paar Minuten reden dürfen.

Der größere Teil des eben vergangenen Jahrzehnts, der siebziger Jahre, war seit 1973 eine Zeit schwerster wirtschaftlicher Herausforderungen - für fast alle Staaten der Welt. Jedenfalls auch für diesen Staat, und damit für den Bundestag und für die Bundesregierung. Es hat sich im Laufe jenes Jahrzehnts nach dem Zusammenbruch des Weltwährungssystems - was wir heute haben, ist kein System, bestenfalls eine mittlerweile entstandene Konstellation -, der Wert der D-Mark gegenüber dem Dollar zunächst mehr als verdoppelt. Er hat sich in den letzten Monaten wieder etwas abgeschwächt. Wir müssen ja fast alles Öl importieren, die Amerikaner brauchen das so nicht. Der Aufschwung der D-Mark hat zunächst unsere Exporte ungewöhnlich verteuert - allerdings auch unsere Importe verbilligt. Das letztere ist einer der Gründe, warum bei uns die Preissteigerung insgesamt eine der kleinsten Preissteigerungen der ganzen Welt gewesen ist. Aber die gleichzeitige Verteuerung des Exports hat allein schon unsere Volkswirtschaft, unsere Unternehmen, unsere Belegschaften, unsere Betriebsräte, unsere Gewerkschaften vor aller-schwierigste Probleme der Anpassung unserer Produktionsstrukturen gestellt: Schiffbau, Textil, Stahl sind herausragende Beispiele.

Die Probleme sind dann später durch die zweite Ölpreisexlosion nochmals enorm verschärft worden. Man muß diese Tatsache überall darstellen: Wir zahlen heute für dieselbe Tonne Öl fünfzehnmal soviel wie vor acht Jahren. Die Tonne Öl wird nicht nur gebraucht, um die Wohnungen zu heizen, nicht nur gebraucht, um die Lkw und Busse fahren zu lassen, sondern auch, um die Pkw fahren zu lassen, sie wird auch gebraucht als wichtigste Grundlage der ganzen chemischen Industrie, und sie wird gebraucht in der Industrie als Energiequelle.

Wir haben in dieser Zeit nicht - und mögen noch so viele Bischöfe und andere dies wiederholen -, wir haben in dieser Zeit nicht "über unsere Verhältnisse gelebt". Es gibt keinen Grund, sich einreden zu lassen, wir hätten einen prinzipiellen Fehler gemacht. Sondern wir haben eine insgesamt, mit wenigen Abstrichen und Einschränkungen, verantwortungsbewußte Finanz- und Wirtschaftspolitik betrieben. Sie war auch erfolgreich!

Wenn sie nicht erfolgreich gewesen wäre, dann hätten wir heute bei uns hier Arbeitslosenzahlen oder -prozente, wie sie in England, in Frankreich und anderswo in Holland, in Italien, in den USA eingetreten sind; dann würden wir heute hier bei uns darüber reden, ob wir demnächst vielleicht drei Millionen Arbeitslose haben. Unsere Finanzpolitik war insgesamt beschäftigungspolitisch hervorragend erfolgreich.

Wir können uns nur mit den Möglichkeiten und Mitteln vergleichen, die andere industrielle Demokratien zur Verfügung in dieser Lage haben. Ich denke bei solchem Vergleich nicht daran, mich verleiten zu lassen, ein besonderes Maß an Selbstkritik an der Wirtschafts- und Finanz- und Sozialpolitik dieser sozial-liberalen Koalition zu üben, was das letzte Jahrzehnt angeht. Wir haben unsere öffentliche Infrastruktur sehr schön ausgebaut. Wir haben ein soziales Sicherungsnetz ausgebaut, das in der Welt nur in ganz, ganz wenigen Staaten, die man an einer Hand abzählen kann, in diesem Maß eine Entsprechung findet.

1969 betragen die Sozialausgaben, liebe Freunde, 25 Milliarden Mark. Sie waren 1974 - das war das erste Ölkrisejahr - angewachsen auf 38 Milliarden Mark, und sie sind gegenwärtig angewachsen auf 83 Milliarden Mark pro Jahr. (Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeausgaben, Wiedergutmachung*). Oder noch anders ausgedrückt: Als ich 1974 Kanzler wurde, betrug der Anteil an den Gesamtausgaben 28 Prozent, heute liegt er bei 36 Prozent. Und leiser, leiser füge ich hinzu: Im gleichen Zeitraum dieser sieben Jahre ist der Anteil der Verteidigungsausgaben von 23 Prozent auf 18 Prozent gesunken. Das sage ich, weil ich in der eigenen Partei den Unsinn aus der Welt haben möchte, als ob wir die Verteidigungsausgaben zu Lasten der Sozialausgaben gesteigert hätten. Das Gegenteil ist wahr. Und jeder von Euch hat es mitherbeigeführt, und jedermann kann dies nachprüfen, und jeder sollte es auch in der eigenen Partei und gegenüber den Gewerkschaften vertreten.

Wir haben eine sozialdemokratische Politik gemacht, ohne unsere äußere Sicherheit zu gefährden! Wir haben eine gut ausgerüstete und qualitativ hochwertige Armee. Da gibt es ja Vergleichsübungen und Vergleichstests und all dergleichen jedes Jahr innerhalb der NATO. Aber nachdem ich dies gesagt habe, bitte ich auch um Verständnis dafür, daß Verteidigungsminister, die das Kunststück fertigbringen müssen, mit einem jedes Jahr etwas kleineren Anteil aus dem Kuchen gleichwohl unsere Sicherheit in einer überzeugenden Weise zu sichern, daß Verteidigungsminister der Solidarität der Sozialdemokratischen Partei bedürfen. Das gilt für Hans Apel!

Wir haben bei allen Belastungen insgesamt ein gutes soziales Klima schaffen und aufrechterhalten können - auch in den allerletzten Jahren, in denen die wirtschaftlichen Belastungen immer schwieriger wurden. Wir haben eine Zusammenarbeit mit den führenden Sozialdemokraten in der Spitze der Gewerkschaften, auch mit den mittleren Etagen unserer Gewerkschaften, vor allem aber vor Ort mit den Belegschaften und ihren Betriebsräten, zwischen Regierung und Regierungspartei und den Vertretern der arbeitenden Menschen, wie das nur in wenigen Staaten der Welt der Fall ist, wie es weder in der einen Weltmacht im Osten noch in der anderen Weltmacht im Westen auch nur entfernt der Fall ist. Eine große Vertrauensbasis, die auch in dieser Operation, die uns jetzt bevorsteht, uns helfen wird, die wir auch nicht gefährden wollen. Wir legen Wert auf den Rat unserer gewerkschaftlichen Freunde. Ich habe deswegen neulich im Bundestag auch öffentlich den Vorschlag von Heinz Oskar Vetter aufgegriffen, im kleinen Kreis mit den Sozialpartnern über die aktuellen Strukturprobleme und über ihre Lösungsmöglichkeiten zu reden.

Ich muß gleichzeitig sagen, daß unser Staat wirtschaftlich und finanzwirtschaftlich im internationalen Gefüge ein Schwergewicht geworden ist - relativ, das heißt im Verhältnis zu anderen - das mich häufig bedrückt. Als Beispiel will ich die Tatsache nennen, daß wir an internationalen finanziellen Hilfsaktionen, etwa für Polen oder die Türkei, in denselben Größenordnungen beteiligt sind - zum Teil noch höher - wie die Vereinigten Staaten von Amerika, obwohl diese drei- oder viermal so groß sind wie wir.

Wir haben ein hohes Maß an internationaler Verantwortung aufgepackt bekommen im Laufe der letzten zehn Jahre. Wir können es von uns aus nicht verringern. Aber nicht nur in der Finanzwirtschaft, auch in der Außenpolitik, auch wenn es um Verhandlungen zwischen West und Ost geht, legt uns unser heutiges Gewicht bei all unseren Äußerungen zusätzliche Verantwortung auf. Es gibt manchmal bei Großmächten Leute, die da aus dem dritten oder vierten Glied reden, so als ob sie sich nur um ihr eigenes Land zu kümmern hätten, und als ob ihnen das, was sonst in der Welt passiert, egal sein dürfte. Uns Deutschen ist das jedenfalls nicht mehr erlaubt. Wir können uns nicht mehr so benehmen, nicht einmal in unserer Haushaltspolitik, als ob uns egal wäre, was in anderen Ländern pas-



siert. Ganz im Gegenteil, gerade in unserer Haushaltspolitik, von der Hilfe für Polen und der Entwicklungshilfe bis zur Militärhilfe, bis zur Finanzierung der Europäischen Gemeinschaft, sind wir in tiefster Weise zur Mitverantwortung für andere gezwungen. Die Transferzahlungen des Bundes haben sich von acht Milliarden im Jahre 1973 infolgedessen auf über 20 Milliarden +) im gegenwärtigen Jahr 1981 erhöht.

+)	in Millionen DM	
	1973	1981
Beitrag an UN	17	134
wirtschaftliche Zusammenarbeit	2.600	5.800
NATO, Ausrüstungshilfe Türkei früher: Devisenausgleich	533	566
Abführungen an EG	4.860	13.500
internationale Organisationen	61	141
	cirka 8.000	20.100

Die Nettobelastung durch die Europäische Gemeinschaft - also: was wir dort mehr einzahlen als wir herauskriegen - hat sich gesteigert von zwei Milliarden DM heute vor sieben Jahren auf 6,5 Milliarden DM in diesem Jahr 1981. Um noch ein Beispiel zu geben: Wir müssen heute aufpassen, daß wir uns nicht zusätzlich noch mehr internationale Finanzlasten aufbürden lassen; das sage ich auch den Genossinnen und Genossen im Europäischen Parlament. Unsere Leistungsfähigkeit ist nicht unbegrenzt. Und es macht überhaupt keinen Sinn, im eigenen Land Sparaktionen größten Stils durchziehen zu müssen, um anschließend milliardeweise das Geld in Töpfe anderer Länder abfließen zu lassen. Das hat politisch, psychologisch seine Grenzen!

Wir haben also die Fähigkeit bewiesen, unser Land relativ gut durch das schwierige siebziger Jahrzehnt durchzusteuern. Das hat mir immer die Zuversicht gegeben und die innere Sicherheit, daß wir auch mit den jeweils vor uns liegenden neuen Problemen fertig werden. Das gilt insbesondere für diesen Sommer 1981.

Ich gehe ein paar Beispiele für das gute Durchsteuern. Ich sprach schon von der Arbeitslosigkeit. Diese hat sich in Deutschland verdoppelt. 1974 waren das 600.000, heute sind es 1,1 Millionen Arbeitslose. In Frankreich hat sie sich im gleichen Zeitraum verdreifacht, von 500.000 auf 1,6 Millionen Arbeitslose; in England vervierfacht, von 600.000 auf 2,6 Millionen. Ich werfe das den anderen Staaten nicht vor. Die Weltwirtschaftslage trifft sie genauso wie uns. Aber ich bitte doch, aus diesen Vergleichszahlen zu entnehmen, daß wir miteinander recht erfolgreich waren, und dieses Ergebnis mit Selbstbewußtsein zu vertreten.

Oder die Preise! Damals, am Anfang des siebziger Jahrzehnts gab es in allen Industrieländern einen Preisanstieg von 5,5 Prozent im Durchschnitt. Heute sind wir im Durchschnitt bei 10,5 Prozent. Einige sind bei 20, aber im Durchschnitt bei 10,5. Diese Durchschnittsziffer wäre sehr viel höher, wenn es uns nicht gäbe; denn wir stehen bei 5,6 Prozent. Unser Abstand im Preisanstieg oder zur Inflationsrate zu den anderen Ländern ist im Laufe der Jahre größer geworden. Infolgedessen ist auch der Abstand bei den Zinsen sehr groß. Wir haben nicht wie in der einen EG-Hauptstadt 27 Prozent Zinsen, in der anderen EG-Hauptstadt 22 Prozent Zinsen oder in der Hauptstadt Amerikas 20 Prozent Zinsen. Aber unsere Zinsen sind auch zu hoch!

Wenn wir mehr Kredite aufnehmen würden als vernünftig, dann würden unsere Zinsen noch weiter steigen. Dies ist einer der Gründe, weswegen Vorsicht am Platze ist bei Staatsausgaben, weswegen wir den staatlichen Kreditbedarf nicht mehr steigern dürfen, weil wir die Zinsen nicht steigern dürfen, weil ein weiterer Zinsanstieg die Investitionstätigkeit und damit die beschäftigungspolitische Zielsetzung kaputt machen kann. Das macht ja die Operation in diesem Jahr so schwierig. Ich sage es noch einmal: Jede Ausweitung der Kreditaufnahme führte zwingend zu einer Steigerung des Zinssatzes und jede weitere Steigerung des Zinssatzes machte jede beschäftigungspolitische Absicht von vornherein in der Verwirklichung noch schwieriger als schon bisher. (-/3.7.1981/ks/ca)

+ + +

